

Pestizid verursacht hohe Kosten

Chlorothalonil stellt die Trinkwasserversorger vor Probleme. Rasche und günstige Lösungen sind kaum möglich.

Maja Briner

Seit Anfang Jahr ist der Wirkstoff Chlorothalonil verboten, da er als wahrscheinlich krebs-erregend gilt. Doch das Problem ist damit nicht gelöst. Der jahrzehntelange Einsatz hinterliess Spuren in der Natur – auch im Trinkwasser. Seit Januar gilt für alle Abbaustoffe von Chlorothalonil ein Höchstwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Dieser wird teils deutlich nicht eingehalten. Die «SonntagsZeitung» berichtete, dass bei 20 von 31 Messungen des Bundes der Wert überschritten wurde – in einem Fall im Waadtland um das 27-fache. Der Trinkwasserverband SVGW rechnet mit bis zu einer Million betroffener Konsumenten. Sie können das Wasser aber weiterhin trinken, betonen Behörden und Verband (siehe Kasten).

Dennoch stellt Chlorothalonil die Wasserversorger vor grosse Probleme. Sie müssen dafür sorgen, dass die Höchstwerte wieder eingehalten werden. Das sei nicht einfach, heisst es. «Rasche Lösungen sind im Mittelland in den seltensten Fällen

möglich», sagt Paul Sicher, Kommunikationschef des Wasserverbands. Das zeige sich etwa im Kanton Solothurn. Dort sind alle grossen Grundwasservorkommen belastet, wie die Behörden mitteilten. Einfache Massnahmen – etwa eine kurze Leitung, um das Wasser aus zwei Quellen zu mischen – sind daher nicht mehr möglich. Eine Option ist

laut Sicher, See- oder Flusswasser für eine ganze Region aufzubereiten, um neben dem Grundwasser ein zweites Standbein zu haben. Eine andere Möglichkeit sei der Bau von Transportleitungen aus unbelasteten Regionen.

Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hat den Wasserversorgern eine Frist von maximal zwei Jah-

ren gegeben. Zu wenig, findet der Trinkwasserverband: Angesichts des Ausmasses sei das nicht realistisch. Es brauche Zeit, um gute, nachhaltige Lösungen zu erarbeiten. Dabei müsse auch der Klimawandel berücksichtigt werden, der laut Experten zu trockeneren Sommern führen wird.

Mehrere hundert Millionen Franken

Sicher warnt deshalb davor, überstürzt zu handeln. Und das zuständige Bundesamt? Es drückt einerseits aufs Tempo. «An das Schweizer Trinkwasser werden sehr hohe Ansprüche gestellt», betont Sprecherin Nathalie Rochat. «Es müssen Massnahmen getroffen werden, um Verunreinigungen durch Pflanzenschutzmittel und deren Metaboliten schnellstmöglich zu minimieren.» Gleichzeitig erklärt Rochat allerdings, je nach Gegebenheit könnten die Lösungen und die dafür benötigte Zeit «sehr unterschiedlich» sein. Das Bundesamt will im Sommer eine erste Bilanz ziehen. Bis der Grenzwert überall eingehalten wird, dürfte es also dauern.

Und die Investitionen dürften einiges kosten. Wie viel, sei aktuell schwierig vorherzusehen, sagt Paul Sicher. Bis im Sommer wolle man sich einen Überblick über die Belastung und mögliche Lösungen verschaffen. Klar ist: Es ist eine grössere Summe. «Wir gehen – ganz grob geschätzt – schweizweit von mehreren 100 Millionen Franken aus», sagt Sicher. Bezahlen müssen das die Wasserversorger; der Bund schliesst eine Beteiligung aus. Rechtlich gesehen, liegt die Verantwortung bei den Betreibern der Trinkwasserversorgungsanlagen, erklärt Sprecherin Rochat: «Somit kann sich der Bund nicht beteiligen.»

Die Seeländische Wasserversorgung prüft indes eine Haftungsklage gegen den Bund, da dieser das Pestizid zugelassen hat, wie Radio SRF berichtete. Der SVGW stelle sich diese Frage auch, sagt Paul Sicher: «Man muss das prüfen. Die Wasserversorger am Ende der Kette müssen das Problem ausbaden – ohne es verursacht zu haben.» Allerdings seien die Chancen einer Klage vermutlich gering.

Bundesrat fordert Departemente zu Einigung auf

Pilatus Um einen zweiten «Fall Pilatus» zu verhindern, müssen sich das Aussen- und das Justizdepartement auf eine Auslegung des Söldnergesetzes einigen. Dann will der Bundesrat die Verordnung dazu präzisieren.

Wie der Bundesrat gestern mitteilte, hat er das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) beauftragt, im Verlauf des Jahres eine gemeinsame Verordnungsrevision vorzulegen. Darin sollen namentlich die Begriffe «logistische Unterstützung, Beratung und Ausbildung von Streit- und Sicherheitskräften sowie Betrieb und Wartung von Waffensystemen» im sogenannten Söldnergesetz näher definiert werden.

Weil das EDA das Gesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen verletzt sah, verbot es letzten Sommer dem Schweizer Flugzeughersteller Pilatus, Wartungen in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten vorzunehmen. Anders sah dies das Wirtschaftsdepartement, das den Export der Flugzeuge bewilligt hatte. (sat)

«Panik ist fehl am Platz»

Die Behörden betonen: Das Trinkwasser kann weiterhin getrunken werden, auch wenn der Höchstwert überschritten wird. Dieser sei vorsorglich sehr tief angesetzt, weil die Qualitätsansprüche ans Trinkwasser sehr hoch seien. Bei Obst und Gemüse galten früher deutlich höhere Grenzwerte. «Panik ist fehl am Platz», betont auch Paul Sicher vom Trinkwasserverband. Chlorothalonil werde seit den 1970er-Jahren eingesetzt, die Wasserbelastung gebe es daher

schon seit Jahrzehnten. Lange konnte sie gar nicht gemessen werden. Dennoch: Nichtstun sei keine Option. «Wir können das Problem nicht aussitzen», sagt Sicher. «Die Chlorothalonil-Metaboliten bleiben noch Jahrzehnte im Grundwasser.»

Die Bauern setzten Chlorothalonil jahrzehntelang ein, um beispielsweise Kartoffeln, Getreide und Reben gegen Pilzfall zu schützen. 2018 wurden in der Schweiz knapp 37 Tonnen davon verkauft. (mjb)

Aus Botschaftsbüro in Minsk wird eine richtige Botschaft

Die Aufwertung soll helfen, die Zusammenarbeit mit dem autokratischen Weissrussland zu vertiefen.

Bis anhin bestand die diplomatische Vertretung der Schweiz in Weissrussland lediglich aus einem sogenannten Botschaftsbüro. Doch je länger je mehr habe die vor zehn Jahren als «Übergangslösung» eröffnete Vertretung in Minsk nicht mehr den Realitäten und Bedürfnissen der Schweiz entsprochen. «Es gibt noch viel Potenzial», begründet das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern auf Anfrage von CH Media die Aufwertung.

Heute Donnerstag wird Aussenminister Ignazio Cassis die neue Botschaft offiziell eröffnen. Laut Mitteilung des EDA wird dies auch der erste offizielle Arbeitsbesuch eines Bundesrats in Weissrussland sein.

Vor allem eine symbolische Geste

Beschlossen hatte der Bundesrat die neue Botschaft bereits im letzten Jahr. Und zwar aufgrund von intensiveren bilateralen Beziehungen in den letzten Jahren, wie das EDA schreibt. 2016 hatte die Schweiz – wie die EU – ihre Sanktionen gegen Weissrussland zum grössten Teil aufgehoben. Finanziell und personell soll die Botschaftsaufwertung keine Konsequenzen haben. Die Geste ist laut EDA viel mehr symbolischer Natur. Doch «auch Symbole», so stellt ein Sprecher fest, seien «in den zwischenstaatlichen Beziehungen wichtig». Mit der neuen Botschaft in Minsk wird das Schweizer Aussennetz neu 103 Botschaften zählen.

Doch wie sieht es mit der Symbolik in Bezug auf die Men-

schenrechte aus? Wird Weissrussland doch immer wieder als «letzte Diktatur Europas» kritisiert. «Die Schweiz engagiert sich seit Jahren für eine bessere Einhaltung der Menschenrechte in Belarus», hält ein EDA-Sprecher fest. So sei beispielsweise im vergangenen September ein Expertenaustausch zum Thema Folterprävention durchgeführt worden.

Bilaterale Gespräche mit Präsident Lukaschenko

Seit 1994 steht der Autokrat Aleksander Lukaschenko als Präsident an der Spitze der Ex-Sowjetrepublik. Die Menschenrechtslage in dem Land wird von Nichtregierungsorganisationen immer wieder heftig kritisiert. So vollstreckt Weissrussland etwa als einziger Staat in Europa noch immer Todesurteile. Und freie Wahlen nach westeuropäischen Standards gibt es nicht.

Bei seinem Arbeitsbesuch wird der Schweizer Aussenminister laut EDA auch Lukaschenko und den weissrussischen Aussenminister zu bilateralen Gesprächen treffen. Dabei soll es laut EDA auch um die Zusammenarbeit im Bereich Menschenrechte und die Situation in der Region gehen. Weissrussland positioniere sich als Brückenbauer zwischen verschiedenen Lagern. «Die Schweiz», so hält das EDA in seiner Stellungnahme fest, «schätzt diese Rolle und unterstützt Belarus in seinen Bestrebungen.»

Samuel Thomi

ANZEIGE

EINEN GUTEN DRAHT ZU TECHNIK? AUF JEDEN FALL!

Michelle
Lernende Elektroinstallateurin
bei CKW

Entdecke neue Perspektiven.
www.ckw.ch/jobs

CKW.